

STEUERN

Mutige Steuerstrukturreform statt Steuererhöhung!

von Dr. Susanne Cassel und Dr. Tobias Thomas

Im Bundestagswahlkampf spielt Steuerpolitik eine besondere Rolle. Die Oppositionsparteien fordern die Wiederbelebung der Vermögensbesteuerung sowie die Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer. Würden die Pläne realisiert, stünde den Bürgern weniger Geld für Konsum und Unternehmen weniger Mittel für Investitionen zur Verfügung mit entsprechenden Auswirkungen auf Wachstum und Wohlstand. Schon jetzt liegt der deutsche Spitzensteuersatz der Einkommensteuer über dem EU-Durchschnitt. Eine Anhebung würde die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere von Personenunternehmen verschlechtern. Die Vermögensbesteuerung wiederum würde die Substanz der Betriebe schwächen. Bei der guten öffentlichen Einnahmesituation besteht für Steuererhöhungen keine Notwendigkeit. Vielmehr wäre eine Reform, die das Steuerrecht drastisch vereinfacht, Subventionen abbaut, Verschwendung öffentlicher Gelder verringert und investive Ausgaben stärkt, ein wichtiges Signal für den Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb.

Im Bundestagswahlkampf setzen die Oppositionsparteien u. a. auf eine Besteuerung von Vermögen. Die alte Vermögensteuer ist seit 1996 ausgesetzt, nachdem das Bundesverfassungsgericht sie für verfassungswidrig erklärt hatte. Bündnis 90/Die Grünen planen eine einmalige private Vermögensabgabe von 15 Prozent bzw. 1,5 Prozent p. a. über zehn Jahre. Dabei soll für Privatpersonen ein Freibetrag von einer Million Euro gelten, für Betriebsvermögen von fünf Millionen Euro sowie die jährliche Belastung auf 35 Prozent des betrieblichen Gewinns begrenzt werden. Innerhalb von zehn Jahren sollen so 100 Mrd. Euro Steueraufkommen erzielt werden. Bündnis 90/Die Grünen und die SPD planen darüber hinaus, eine laufende Vermögensteuer für natürliche und juristische Personen mit einem Steuersatz von einem Prozent und einem persönlichen Freibetrag von zwei Millionen Euro einzuführen. Das

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf www.econwatch.org

Aufkommen dieser Steuer wird auf 11,5 Mrd. Euro geschätzt. Die Linke will eine Vermögensteuer von fünf Prozent auf Geld- und Immobilienvermögen einführen, wobei ein Freibetrag von einer Million Euro des Privatvermögens vorgesehen ist.

Für die Bundesländer ist die Vermögensteuer attraktiv, da ihnen das Aufkommen vollständig zusteht. Allerdings ist diese Steuer mit erheblichen negativen Folgewirkungen behaftet. Sie führt in Kombination mit der Einkommen- und der Erbschaftsteuer zu einer dreimaligen Belastung desselben Einkommens. In konjunkturellen Schwächephasen bewirkt sie eine Besteuerung der Vermögenssubstanz und damit eine reale Enteignung. All dies wirkt sich negativ auf die Bereitschaft von Unternehmen aus, Investitionen zu tätigen und Arbeitsplätze zu schaffen und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen. Da die Steuer durch Vermögensverlagerung ins Ausland leicht umgangen werden kann, dürfte ihr Aufkommen deutlich geringer ausfallen als angenommen. Und schließlich wirft die Notwendigkeit, die Vermögenswerte mit Marktpreisen zu bewerten, große Probleme auf, so dass die Erhebung der Steuer hohe administrative Kosten verursacht. Insgesamt ist die Vermögensteuer wachstumsschädlich und wenig ergiebig.

Neben der Wiedereinführung der Vermögensteuer sehen die Wahlprogramme der Oppositionsparteien eine Erhöhung der Einkommensteuer vor. Bündnis 90/Die Grünen und die SPD wollen den Spitzensteuersatz von 45 auf 49 Prozent (ab 80.000 bzw. 100.000 Euro zu versteuerndem Einkommen), die Linke auf 53 Prozent (ab 65.000 Euro) anheben. Die Linke plant darüber hinaus, Einkommen über einer Million Euro mit 75 Prozent zu besteuern. Die Pläne zur Erhöhung der Vermögen- und Einkommensteuer werden insbesondere mit dem Wunsch nach mehr Umverteilung und einer höheren Verteilungsgerechtigkeit begründet. Gemessen am Durchschnitt der OECD-Länder findet in Deutschland allerdings bereits eine überdurchschnittliche Umverteilung durch Steuern und staatliche Transferleistungen statt. Vermögen sind – nicht nur in Deutschland – ungleicher verteilt als Einkommen. Der gängige Vermögensbegriff umfasst dabei jedoch nur Finanz- und Sachvermögen. Eine umfassende Bewertung der Vermögensverteilung, die Renten- und Pensionsansparungen und auch das Humankapital, d. h. das durch Bildung und Qualifizierung erworbene

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Aufgrund der guten öffentlichen Einnahmesituation besteht keine fiskalische Notwendigkeit für Steuererhöhungen.
- Die Vermögensteuer ist wachstumsfeindlich und wenig ergiebig.
- Im OECD-Vergleich findet in Deutschland eine überdurchschnittliche Umverteilung durch Steuern und staatliche Transferleistungen statt.

Politikempfehlung:

- Vermögensteuer nicht wiederbeleben. Einkommensteuer nicht anheben.
- Grundlegende Strukturreform: Steuerrecht drastisch vereinfachen, Subventionen abbauen und Bürokratie verringern.
- Investive Ausgaben zulasten konsumtiver stärken. Verschwendung öffentlicher Mittel reduzieren.

Potenzial zur Einkommenserzielung, berücksichtigt, besteht hingegen nicht.

Aus fiskalischer Sicht besteht kein Anlass für Steuererhöhungen. Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern befinden sich auf Rekordhöhe und die Schuldenbremse des Bundes wird zwei Jahre früher erreicht als vom Grundgesetz vorgegeben. Vielmehr ist eine grundlegende Steuerreform angezeigt, die das Steuerrecht drastisch vereinfacht, Subventionen abbaut und die Steuerbürokratie verringert. Darüber hinaus sollten Fehlausgaben öffentlicher Mittel reduziert werden. Bundes- und Landesrechnungshöfe zeigen regelmäßig Einsparpotenziale auf. Schließlich kann der Staat auch die Steuermittel effizienter einsetzen: Investive Ausgaben sollten gestärkt, konsumtive reduziert werden. Eine mutige Steuerstrukturreform würde den Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb attraktiver machen und zu mehr Wachstum und Wohlstand führen. So lassen sich mehr öffentliche Investitionen und Haushaltskonsolidierung ohne gleichzeitige Steuererhöhungen erreichen. In den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien sucht man eine solche Steuerreform allerdings vergeblich.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Die Steuerpläne der Parteien: Wie teuer kommt die Bundestagswahl Bürger und Unternehmen?“ mit Prof. Dr. Christoph Spengel (Universität Mannheim und Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12, 10178 Berlin